

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

11.07.2022

Inhalt

EWN

1 Wirtschaftsminister warnt vor Panikmache <i>nordkurier.de, 09.07.2022</i>	3
2 „Gordischen Knoten endlich durchschlagen“ <i>Jülicher Nachrichten, 09.07.2022</i>	4

Wirtschaftsminister warnt vor Panikmache

Trotz des drohenden Lieferstopps durch die deutsch-russische Gaspipeline Nord Stream 1 sieht die Landesregierung keinen Grund zur Panik. Energieversorger und Verbraucher müssen sich aber auf Belastungen einstellen.

Schwerin. Wirtschaftsminister Reinhard Meyer (SPD) hat angesichts der aktuellen Schwierigkeiten bei den Gaslieferungen für Deutschland vor einer Überreaktion gewarnt. „Die Situation ist schwierig. Sie stellt uns alle vor große Herausforderungen. Panikmache ist auch in diesen Zeiten ein schlechter Ratgeber“, teilte Meyer mit. Man sei im engen Austausch mit dem Bund.

Regionale Dienstleister sollen unterstützt werden

Hierbei legte der Minister Wert darauf, dass nicht nur Großversorger unterstützt werden müssen, sondern auch regionale Energiedienstleister, die besonders mit den Preissteigerungen zu kämpfen haben. Die Stadtwerke in Neustrelitz hatten bereits am Dienstag einen Krisen- und Notfallstab einberufen, um sich auf eventuelle Engpässe im Winter vorzubereiten. Der Versorger betreibt ein Biomassekraftwerk, was Unternehmensangaben zufolge bis zu 70 Prozent der benötigten Wärmeversorgung sicherstellt – abhängig von der Wettersituation.

Nur zu 30 Prozent sei man auf Öl oder Gas angewiesen. Der Geschäftsführer Frank Schmetzke zeigte sich zuversichtlich: „Wir sind ein wirtschaftlich starkes Unternehmen, und es gibt derzeit keinen Grund, in Panik zu geraten, dennoch müssen wir uns auf die Situation einstellen und entsprechende Vorbereitungen treffen.“ Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grü-

ne) hatte zuletzt davor gewarnt, dass die Gaslieferungen durch die Nord-Stream-1-Pipeline nach einer ab dem 11. Juli anstehenden Wartung unter Umständen nicht wieder aufgenommen würden. Durch die Pipeline fließt der Großteil der russischen Gaslieferungen nach Deutschland. Trotz der Tatsache, dass diese Pipeline im vorpommerschen Lubmin anlandet, wäre Mecklenburg-Vorpommern laut dem Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) nicht stärker von einem Lieferstopp betroffen als andere Teile Deutschlands.

Belastung vor allem für einkommensschwache Haushalte

In der Landesregierung sorgt man sich neben der finanziellen Belastung von einkommensschwachen Haushalten besonders um die etwaigen Folgen von Gas-Engpässen für kleine und mittlere Unternehmen. Viele Mittelständler stellen laut Meyer Vorprodukte für Großunternehmen her, „fehlt es an diesen Zulieferprodukten, bleibt auch das finale Produkt nur eine leere Hülle. Auch das Handwerk ist energieintensiv.“ Die Stadtwerke in Neustrelitz forderten bereits einen Rettungsschirm, sollten Kunden ihre Rechnung wegen möglicher Preissprünge nicht mehr zahlen können. Unternehmenschef Schmetzke wünscht sich darüber hinaus schnellere Genehmigungsverfahren für den Ausbau von Erneuerbaren Energien, um gänzlich unabhängig von fossilen Energieträgern zu werden.

Jülicher Nachrichten

📖 Jülicher Nachrichten | 09.07.2022 | S. 11

📄 Auflage: 2.813 | Reichweite: 7.655

👤 Burkhard Giesen

„Gordischen Knoten endlich durchschlagen“

Im Jahr 2032 könnte es fertig sein – das neue Zwischenlager für die Castoren. Entscheidung steht aber weiter aus.

Jülich. Die neue Landesregierung strebt den Neubau eines Zwischenlagers für die in Jülich lagernden 152 Castoren mit etwa 300.000 Brennelemente-Kugeln aus dem früheren AVR-Versuchsreaktor an. Das sieht der Koalitionsvertrag von CDU und Grünen vor, die gleichzeitig vereinbart haben, Atomtransporte zu minimieren. Dem Neubau eines Zwischenlagers am Standort Jülich könnte man nicht nur mit der Absichtserklärung der Landesregierung entscheidende Schritte näher kommen.

Die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen mbH (JEN), ein Bundesunternehmen, für den Rückbau, die Entsorgung und auch Zwischenlagerung radioaktiver Altlasten in Jülich zuständig, hat bislang drei Optionen verfolgt, wie mit den Castoren umzugehen ist: den Export in die USA, den Transport ins Zwischenlager nach Ahaus und den Bau eines Zwischenlagers in Jülich.

Nicht von heute auf morgen

Was die Sache so kompliziert macht: Alle drei Optionen sind nicht von heute auf morgen umsetzbar. Schon bei der Option, die Brennelemente-Kugeln in die USA zu exportieren, musste die JEN gegen die eigenen Aufsichtsbehörden vor Gericht ziehen, nur um einer Erlaubnis zum Export von 33 Kugeln zu Testzwecken zu erstreiten. Und auch die beiden anderen Optionen sind aufgrund technischer und sicherheitsrelevanter Anforderungen nur schwer umsetzbar.

Hinzu kommt, dass bereits im Jahr 2013 die Genehmigung für das aktuell genutzte Zwischenlager ausgelaufen ist und eine Anweisung zur Räumung des zuständigen NRW-Ministeriums vorliegt. „Genau diesen Zustand wollen wir endlich beenden und den gordischen Knoten durchschlagen“, sagt die CDU-Landtagsabgeordnete Patricia Peill. „Und wir wollen unnötige Transporte vermeiden.“ Zu denen zählt eben auch ein Transport in ein weiteres Zwischenlager wie Ahaus, statt direkt in ein Endlager.

„Stop Westcastor“

Das ist auch genau die Position, die Marita Boslar von den Jülicher Grünen vertritt. Boslar engagiert sich seit Jahren beim Aktionsbündnis „Stop Westcastor“. Das fordert schon lange den Neubau eines Zwischenlagers am Standort Jülich, um eine möglichst sichere Aufbewahrung der Castoren zu gewährleisten. „Die Landesregierung beschreibt im Koalitionsvertrag, was wir schon lange fordern. Der genehmigungslose Zustand muss beendet werden. Die Castoren müssen in Jülich bleiben, bis es ein Endlager gibt.“

Boslar kritisiert, dass aus ihrer Sicht in der Vergangenheit alle am Verfahren Beteiligten zu zögerlich agiert hätten: „Land, Bund, Atomaufsicht, Forschungszentrum, JEN – keiner will die Verantwortung übernehmen.“ Das könne sich mit der neuen Landesregierung jetzt erstmals ändern: „Ich bin zuversichtlich, dass jetzt endlich eine Lösung möglich wird.“ Diese Hoffnung verknüpft sie insbesondere mit dem neuen NRW-Umweltminister Oliver Krischer, der sich schon in der Vergangenheit als Bundestagsabgeordneter für den Kreis Düren bei dem Thema engagiert hatte. Boslar: „Auch auf der Bundesebene sitzen wir mit einer grünen Umweltministerin mit im Boot, so dass wir hier im Gleichschritt zu einer Lösung kommen können.“

Für den Neubau eines Zwischenlagers spricht sich auch Jülichs Bürgermeister Axel Fuchs (parteilos) aus. „Ich bin bei dem Thema sehr unaufgeregt. Schon 2019, als der frühere Bundesumweltminister Klaus Töpfer mit dem Nationalen Begleitgremium zu Gast in Jülich war, haben wir uns für den Neubau eines Zwischenlagers ausgesprochen. Insofern ist das, was in dem Koalitionsvertrag steht, auch nicht neu, zumal die Brennelemente-Kugeln ja auch schon Jahrzehnte in Jülich lagern.“ Sollte es zur Option eines Zwischenlager-Neubaus kommen, strebt Fuchs seinerseits Gespräche mit dem Land an: „Wir müssen dann mit der Landesregierung über einen Standortnachteil reden, so wie man das auch in Ahaus getan hat.“ Auch Fuchs würde sich wünschen, dass

in die Dauerdebatte endlich Bewegung kommt: „Die JEN muss sich für eine Option entscheiden, aber sie braucht natürlich eine bauliche und rechtliche Sicherheit.“

USA-Option aufgeben

Genau daran arbeitet Beate Kallenbach-Herbert, Geschäftsführerin der JEN. „Wir werden vorschlagen, die Option, die Castoren in die USA zu exportieren, aufzugeben“, sagt Kallenbach-Herbert. Blieben noch zwei Optionen, bei denen die JEN nach eigenen Angaben entscheidende Schritte vorangekommen ist. Kallenbach-Herbert: „Für die Atomtransporte haben wir inzwischen ein Konzept entwickelt, das aus meiner Sicht genehmigungsfähig ist – trotz einer Verschärfung der Sicherheitsbestimmungen.“ Auch beim Thema Neubau eines Zwischenlagers sieht die JEN-Verantwortliche keine K.o.-Kriterien mehr, Themen wie die Erdbebensicherheit seien geklärt. Und selbst bei der beantragten Genehmigung für das aktuelle Zwischenlager verspricht Beate Kallenbach-Herbert vorsichtigen Optimismus: „Die beantragte Genehmigung

ist erteilbar.“

Käme das neue Zwischenlager, könnte es im Frühjahr 2032 realisiert sein – zwei Jahre später als ursprünglich geplant. „Entfällt die Option Ahaus, würde das aber nicht zu einer Beschleunigung führen“, sagt Kallenbach-Herbert auch. Es würde aber Klarheit schaffen. Und für die ist die Politik verantwortlich.

Kundgebung am Forschungszentrum Mit einer sechswöchigen Radtour durch Deutschland und vier Nachbarländer wollen Atomkraftgegner die bevorstehende Abschaltung der letzten AKW in Deutschland feiern. Auf Initiative des Aktionsbündnisses „Stop Westcastor“, macht die Tour am kommenden Montag, 11. Juli, auch in Jülich Station. Gegen 12 Uhr wird das Aktionsbündnis am Marktplatz die Radelnden in Empfang nehmen. Von dort geht es dann zum Haupteingang des Forschungszentrums Jülich (FZJ) weiter. Dort ist eine kleine Kundgebung geplant. Danach wird die Anti-Atom-Radtour nach Lützerath und Keyenburg führen. Beide Ortschaften sind vom Tagebau bedroht.